

SPD-Stadtratsfraktion Augsburg · Rathausplatz 2 · 86150 Augsburg

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
Rathausplatz 1

86150 Augsburg

Augsburg, 12.11.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

Prüfauftrag:

- 1; Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Finanzierung des Theaters Augsburg auch das Finanzierungsinstrument „Kommunale Anleihen“ Anwendung finden kann.
- 2; Dabei ist auch eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen nach dem Vorbild der „Franken-Anleihe“ der Städte Nürnberg und Würzburg zu prüfen.
- 3; Die Verwaltung wird beauftragt, das Ergebnis der Prüfung im Finanzausschuss zu den Haushaltsberatungen 2016 schriftlich darzustellen.

Die anhaltende strukturelle Finanzschwäche der Stadt Augsburg macht es zunehmend schwerer, den Ausgleich kommender Haushalte zu erreichen. Insbesondere das Haushaltsjahr 2016 stellt die Stadt Augsburg vor große Herausforderungen, da u.a. das Defizit von 2014 in voller Höhe abgebaut werden muss. Neue Projekte und zusätzliche Leistungen bedürfen, wie es aus dem Schreiben des Herrn Oberbürgermeister vom 15.07.2015 hervorgeht, eines besonderen Fingerspitzengefühls.

Eine große Aufgabe, die es zu bewältigen gibt, ist die notwendige Generalsanierung des Theaters Augsburg. Es fallen nach derzeitigem Planungsstand 187.630.000 €, aufgeteilt in Baukosten von 177,90 Mio. €, Investitionskosten für die Interimsspielstätten mit rund 6,80 Mio. € und 2,93 Mio. € für archäologische Untersuchungen an.

Viele Kommunen in Deutschland haben, wie Augsburg eben auch, einen steigenden Finanzierungsbedarf. Diesem Bedarf stehen sich der Rückzug einiger Kreditinstitute aus der Kommunalfinanzierung und strengere Regularien für Banken bei der Kreditvergabe durch Basel III gegenüber. Auf absehbare Zeit könnte sich das negativ auf die traditionelle Kreditfinanzierung von Gemeinden und kommunalen Unternehmen auswirken. Auf Grund der oben dargestellten Regularien, wird es eine Kommune zunehmend schwerer haben, einen Kredit von einer Bank zu erhalten. Die Angebote der Banken für eine Kreditvergabe haben merklich nachgelassen.

Dies war Anlass für Bürgermeister, Kämmerer und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen, sich Gedanken über Finanzierungsalternativen zu machen. So auch in den Städten Nürnberg und Würzburg. Beide Kommunen wenden seit 2013 ein neues Finanzierungsmodell in Form einer gemeinsamen kommunalen Anleihe an. Die Städte Nürnberg und Würzburg haben gemeinsam erfolgreich eine 100 Mio. Euro-Anleihe am Kapitalmarkt platziert. Es war die erste Anleihe in Deutschland, die zwei Städte gemeinsam emittiert haben. Nürnberg hat dabei einen Anteil von 80 Mio. Euro, Würzburg von 20 Mio. Euro.

Kommunalanleihen sind ein alternatives Finanzierungsinstrument zum kommunalen Darlehen. Es handelt sich bei der Kommunalanleihe um eine Schuldverschreibung, die an Börsen gehandelt wird. Die Anleihebedingungen (d.h. Laufzeit, Zins, Tilgung) sind fix vorgegeben. Der Gesamtbetrag, des seitens der Kommune (Schuldner/Emittent) benötigten Kredits, wird in einzelne Teilbeträge aufgeteilt. Die Teilbeträge werden von den Gläubigern (Anleger) gekauft. Anders als bei Aktien erhält der Gläubiger keine Stimmrechte, sondern vielmehr eine Forderung auf Zins und Tilgung gegenüber der Kommune. Käufer von Kommunalanleihen können beispielsweise Banken, Versicherungen oder Privatpersonen sein.

Die gemeinschaftliche kommunale Anleihe von Nürnberg und Würzburg richtet sich ausschließlich an institutionelle Anleger, insbesondere Versicherungen, Vermögensverwalter und Banken, Privatpersonen konnten die in München gehandelten Papiere nicht zeichnen. Beide Städte haben mit der Ausgabe der

Anleihe eine Erweiterung ihres Gläubigerkreises erzielt. Das Interesse der Investoren an der Anleihe war außergewöhnlich groß. Die Laufzeit ist 10 Jahre. Die Verzinsung für die Investoren beträgt 1,965% p.a. (nomineller Coupon 1,875% p.a.).

In beiden Städten wird die Anleihe für die Umschuldung und Tilgung laufender Darlehensverpflichtungen bei Banken genutzt. Des Weiteren dient die Anleihe auch für Investitionen größerer Projekte. Die Städte Nürnberg und Würzburg zahlen, entsprechend ihrem Anteil, o .g. Zinsen. Je nach Anteil wird die Gesamtsumme der Anleihe nach 10 Jahren wieder ausgezahlt.

Experten sind sich darüber einig, dass das Risiko für die Kommunen begrenzt ist.

Für kommunale Anleihen sind jedoch größere Summen notwendig. Nach Expertenmeinung sind 100 Mio. € schon fast die unterste Grenze.

Da es sich bei der Finanzierung der Generalsanierung des Theater Augsburg um ein Millionenprojekt in dieser Größenordnung handelt, ist deren Finanzierung, einschließlich Nebenkosten, über eine Kommunal-Anleihe denkbar.

Auch wenn in Zukunft der Kommunalkredit die Hauptfinanzierungsquelle bleiben wird und Kommunalanleihen die strukturellen Finanzprobleme der Kommunen nicht lösen werden, sollte die Alternative einer Kommunalen-Anleihe geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Heinrich
Fraktionsvorsitzende

gez.

Willi Leichtle
stellv. Fraktionsvorsitzender



Dr. Florian Freund
stellv. Fraktionsvorsitzender